

RWE-Gleise für den Nahverkehr

Wie geht es nach dem Ende der Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier weiter? Der Regionalplan listet Ideen auf - nicht nur für die Werksgleise des Energiekonzerns.

VON PATRICK NOWICKI

KÖLN Der Zeitpunkt, die Ideen für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu präsentieren, könnte besser sein. In Berlin wird gefeilscht, wer die neue Bundesregierung bildet. Dies kann auch Auswirkungen auf den Strukturwandel haben. „Wir können aber nicht auf alle Prozesse warten“, sagt Rainer Deppe, für die CDU im Landtag und Vorsitzender des Regionalrats. Letzteres Gremium ist derzeit damit beschäftigt, den Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln und damit für die meisten Flächen des Rheinischen Reviers aufzustellen. Der Plan blickt bis zu 30 Jahre nach vorne, um grob festzulegen, wo Gewerbegebiete, wo naturbelassene Flächen und wo Siedlungen entstehen können. Auch größere Verkehrsachsen und vieles mehr werden berücksichtigt.

Ende des Jahres soll der Aufstellungsbeschluss erfolgen. Da im Strukturwandel drei Jahrzehnte jedoch nicht ausreichen, hat der Regionalrat zusätzlich einen Fachbeitrag in Auftrag gegeben, der die Zeit nach der Braunkohle beleuchten soll. Der sperrige Titel: „Einbindung des Rheinischen Reviers in die räumliche Entwicklung der gesamten Planungsregion Köln“.

„Es dauert viele Jahrzehnte, bis die Restseen vollgelaufen sind“, sagt Robert Broesi von der Must Städtebau GmbH, die den Fachbeitrag mit dem Forschungsinstitut für Regional- und Wissensmanagement in Plettenberg geschrieben hat. Die Befüllung ist noch mit vielen Fragezeichen versehen. Während Wasser aus der Rur einmal in das Restloch des Tagebaus Inden fließen soll, ist für die größere Grube in Hambach Rheinwasser vorgesehen. Die Menge Wasser gibt den Füllzeitraum vor. Wie viel man aus den Gewässern ableiten kann, wird noch diskutiert.

Die Kommunen wollen nicht tatenlos zusehen, bis die Seen ihren Höchstpegel erreicht haben. „Die späteren Ufer und Böschungen können zum Teil für Zwischennutzungen zur Verfügung stehen“, schildert Broesi. Diese Flächen können Übergangsweise für Landwirtschaft, für Photovoltaikanlagen und für Radwege genutzt werden.

Die beiden Gesellschaften führten für den Fachbeitrag schon Überlegungen der Anrainerkommunen und der Tagebaumfeldinitiativen wie der Indeland-GmbH zusammen, stellten aber auch eigene Untersuchungen an. Herausgekommen

Raumstrategie 2038+ für das Rheinische Revier



MHA-INFOGRAFIK - QUELLE: MUST/RAUMENTWICKLUNGSPERSPEKTIVE

ist ein „Kompass“ für das Revier, der die vier großen Veränderungsprozesse unserer Zeit berücksichtigt: den Klimawandel, die Energiewende, den Strukturwandel und die Mobilitätswende.

„Einmalige Chance“

Wasser spielt im Fachbeitrag eine weitere wichtige Rolle – mit durchaus aktuellem Bezug: Nach den Starkregen und den Hochwassern im Juli soll konkret untersucht werden, wie die Restseen einmal als „Puffer“ für Erfurt und Rur dienen können. Das, was am Tagebau Inden unkontrolliert passierte, soll dann eine vorher geplante Option sein. „Bei längerer Trockenheit kann man Seewasser entnehmen – für die Landwirtschaft“, beschreibt Broesi einen umgekehrten Weg.

Eine große Zeitspanne verstreicht auch, ehe neue Schienentrassen in Betrieb genommen werden kön-

nen. Vorgesehen ist darum, einmal die Werksbahnstrecken von RWE für den Schienenpersonennahverkehr zu nutzen. Der Fachbeitrag bezeichnet dies als „einmalige Chance“. Damit würden das Forschungszentrum Jülich, die Gemeinde Niederzier und Buir eine neue Erschließungsqualität erhalten und Raum für neue, nachhaltige Siedlungsentwicklungen bieten, heißt es weiter.

Dass durchaus unterschiedliche Überlegungen bestehen, beweist die Manheimer Bucht. Dort haben RWE und die Strukturentwicklungsgesellschaft Hambach unterschiedliche Vorschläge gemacht, entschieden ist noch nichts. Für Regierungspräsidentin Gisela Walsken sind die Überlegungen noch lange nicht in Stein gemeißelt: „Wir befinden uns in einem Prozess, der mehrere Generationen beschäftigen wird.“

Der Regionalplan stellt aber die Grundlage dar, den Weg schon jetzt für Entwicklungen nach der Braun-

kohle zu ebnen. Sollte die Aufstellung in diesem Jahr beschlossen werden, dauert es mindestens ein- einhalb Jahre, bis der Plan rechtskräftig wird. Wahrscheinlich ist jedoch, dass noch mehr Zeit vergehen wird. Walsken ist optimistisch: „Ich habe in den vergangenen Jahren den Eindruck bekommen, dass die Kirchtürme abgebaut wurden und immer mehr interkommunale Zusammenarbeit entsteht.“

Fragezeichen bleiben dennoch. Etwa am Tagebau Garzweiler, wo die Leitentscheidung für den Erhalt von Holzweiler schon lange getroffen wurde, aber der Braunkohleplan noch nicht angepasst ist. Auch dieser Prozess unterliegt einem Verfahren, das Jahre dauern und Gerichte beschäftigen kann. Der Regionalplan bereitet dennoch ein Szenario vor: Holzweiler soll allgemeines Siedlungsgebiet werden. Mit einer Wachstumsprognose von mindestens weiteren 2000 Menschen.